

Besteht täglich  
 in Verbindung mit Aufnahme des  
 Sonn- und Festtags.  
 Abonnementpreis  
 monatlich 50 P., 1/2 Jährl. 1.50 P.  
 halbjährl. 7.50 P. Durch  
 die Post bezogen 1.66 P.  
 „Die Neue Welt“  
 (Anzeigungsverzeichnis) durch  
 die Post nicht bezahlbar, kostet  
 monatlich 10 P., 1/2 Jährl. 50 P.

# Die Neue Welt

Insertionsgebühren  
 beträgt für die 6spaltige  
 Zeile oder deren Raum  
 15 P. für 14 Tage.  
 Vereins- und Berichtigungs-  
 anzeigen 10 P.  
 Inserate für die fällige  
 Nummer müssen spätestens 10  
 Vormittags 10 Uhr in der  
 Expedition aufgegeben sein.  
 Eingetragen in die Ver-  
 zeichnungsliste unter Nr. 666A.

Offizielles sozialdemokratisches Organ  
 für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Böbergasse.  
 Telegramm-Adresse: Weltblatt Halle.

Stimme für Wahrheit und Recht.

Nr. 244. Halle a. S., Dienstag den 17. Oktober 1893. 4. Jahrg.

## Anträge zum Parteitag in Hölz.

### Parlamentarisches.

Parteienoffen im vierten Berliner Reichstag und Grösse  
 M. Garm in Ultona: Die Reichstags-Fraktion solle im Reichs-  
 tag die Reichsregierung auffordern, eine Arbeitlosenliste auf-  
 nehmen zu lassen.  
 Parteienoffen Garm in Ultona: Die Reichstags-Fraktion solle  
 darauf hinwirken, daß 1. eine vom Staate organisierte Ver-  
 sicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt werde, 2. Welle  
 der Parteilag der Verstaatlichung der für die Ernährung des  
 Volkes hauptsächlich in Betracht kommenden Vorratsgüter,  
 insbesondere des Getreides, sowie des Handels mit diesen, keine  
 Zustimmung geben, 3. Welle der Parteilag auf Organisation  
 des Arbeitslosenwesens, sei es durch den Staat oder durch  
 die Gemeinden, hinwirken, resp. hierzu Stellung nehmen.  
 Parteienoffen in Halle a. S.: Die Reichstags-Fraktion soll  
 seitens des Parteitag beauftragt werden, im Reichstag einen  
 Antrag auf Beilegung des Impfschwaches zu stellen. Die Fraktion  
 ist weiter zu beauftragen, in anbeacht der wachsenden Arbeits-  
 losheit im Reichstags einen Antrag einzubringen, um obligatorische  
 Einführung des achtstündigen Arbeitstages.  
 Parteienoffen in Frankfurt a. M.: Untere Reichstags-Fraktion  
 zu beauftragen, für eine einheitliche Regelung der Gewerbe-  
 Impfen mittels eines Reichsgesetzes zu wirken.  
 Parteienoffen in Altona: Die sozialdemokratische Reichstags-  
 Fraktion soll Antrag einbringen, daß der Mandat-  
 prüfungs-Kommission Gelegenheit gegeben wird, schneller arbeits-  
 zu können wie bisher.  
 Parteienoffen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Char-  
 lottenburg: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags  
 soll halbamtlich einen Antrag auf Beilegung der jetzt bestehen-  
 den Vereine- und Vermögensangelegenheiten einbringen.  
 Parteienoffen in Düsseldorf und Frau Mohr-Lad-Ber-  
 lin: Die sozialdemokratische Fraktion soll im Deutschen Reichs-  
 tag einen Gesetzentwurf einbringen, welcher die Anstellung weib-  
 licher Fabrikinspektoren verlangt. Es darf dadurch keinesfalls die  
 Zahl der bereits angestellten männlichen Fabrikinspektoren ver-  
 mindert werden. Es soll in dem Entwurfe vielmehr gleichzeitig  
 eine erhebliche den Anforderungen der industriellen Entwicklung,  
 und der besseren Veranschaulichung der Fabrikanten entsprechende Ver-  
 mehrung dieser Beamten vorgesehen werden. Die Anstellung der  
 männlichen sowohl als der weiblichen Fabrikinspektoren soll durch  
 gleiche, gleiche und gleiche Wahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und  
 Arbeitgeber erfolgen. Die Befolgung hat, obwohl der Mangel  
 der Anstellung ein anderer ist, durch den Staat zu erfolgen. Die  
 Tätigkeit dieser Beamten hat sich nicht nur auf die Kontrolle der  
 Fabrik in bezug auf die Ausführung aller Arbeitsschutzge-  
 setzungen, sondern auch auf die durch die Revision sich er-  
 gebenden notwendigen Erhebungen beziehen, zum besseren  
 Schutz der Arbeiter als bisher, zu erstrecken. Auch ist den Be-  
 amten die Gehaltsverhältnisse zu verbessern.  
 Parteienoffen in Leipzig: Bei der nächsten Reichstags-Wahl  
 sind Doppelkandidaturen gänzlich zu vermeiden.  
 Parteienoffen Schwere in A. K. Bei Ausschließung von Kan-  
 didaturen zum Reichstags sind die Wahlkreise aufzuführen, nur  
 solche Personen zu nehmen, welche auch wirklich sozialdemokratisch  
 sind, d. h. sich auf dem politischen Gebiete ebenso bewegen wie  
 in der wirtschaftlichen Bewegung.

### Resolutionen.

Parteienoffen in Braunschweig: Die Taktik, welche in letzter Zeit  
 in der deutschen Sozialdemokratie üblich ist, wird von uns als  
 unrichtig angesehen, indem man am rechtshängigen Elementen  
 den meisten Spielraum läßt, dagegen alle tabulären Genossen  
 radikalstests terrorisiert, wie die Vorgänge in Jülich beweisen.  
 Wir sprechen unser Mißfallen über den von deutscher Seite in

Jülich in Szene gesetzten Ausschluß der anarchischen und unab-  
 hängigen Delegierten an.  
 Parteienoffen in Düsseldorf: In Ermüdung, daß unsere  
 Partei überaus langsam, namentlich in der parlamentarischen Be-  
 teiligung lurchen kann, und furchtbar, sondern das Schwergewicht  
 ihrer disponiblen Kräfte der unmittelbaren Propaganda zugunsten  
 hat, sollen von jetzt ab — außer bei ganz wichtigen Abstimmungen  
 nur ein Bruchteil unserer Abgeordneten d. h. nicht viel mehr,  
 als nötig sind, am eine Fraktion darzustellen, an den Reichstags-  
 sitionen teilnehmen. Allen übrigen Abgeordneten aber, die sich  
 mit ihren Fraktionsgenossen im Parlament jährlich (vielleicht nach  
 alphabetischer Reihenfolge) abzulösen haben, sollen zur Zeit, wo  
 sie den Reichstags-Sitzungen nicht beiwohnen, in den verschiedenen  
 Provinzen des Reichs große Volksversammlungen abhalten, in  
 welchen vornehmlich die den Reichstag betreffende Materie  
 zum Gegenstand ihrer Beleuchtung und Kritik zu machen.  
 Parteienoffen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Char-  
 lottenburg: Die Parteienoffen allerorts werden angefordert,  
 sich in Versammlungen, Vereinen und Privatkreisen, unter mög-  
 licher Einschränkung der geistigen Kräfte, die den Reichstag  
 die eingehende Erörterung aller das Gemeinwohl berührender  
 Fragen anlegen sich zu lassen, da sie ein wirksames Mittel ist  
 zur geordneten Fortentwicklung des Parteilebens sowie zur Heran-  
 bildung frischer Kräfte für die Propaganda unserer Ideen.  
 Parteienoffen in Altona: In anbeacht, daß das  
 Vereins- und Vermögensgesetz in der Reichstags-Fraktion  
 Preußen-Deutschlands grundbeschieden ist und von den Behörden  
 wiederum verschiedenartig ausgelegt wird, so daß den Genossen  
 und Genossinnen, welche letztere so gut wie ganz von öffentlichen  
 politischen Leben ausgeschlossen sind, nach den einschlägigen ge-  
 setzlichen Bestimmungen fast zur Unmöglichkeit gemacht wird, sich zu  
 organisieren, um so auf diese Weise ihr Wissen zu bereichern, um  
 dadurch dem wirtschaftlichen und politischen Kampfe gewertet zu  
 sein, beschließen die auf dem zu nächst tagenden Parteitag ver-  
 sammelten Genossen und Genossinnen, dem Vorkommnisse einen  
 Satz hinzuzufügen, wonach es den Genossen allerorts  
 zur Pflicht gemacht wird, mehr denn je in Kreise  
 ihrer Familien aufzuarbeiten zu wirken, damit mit  
 Hilfe der so geschulten nachkommenden Generation  
 beiderlei Geschlechts natürlich, die Sache des Pro-  
 letariats der ganzen Welt verwirklicht werde.  
 Parteienoffen im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Char-  
 lottenburg: Die Reichstags-Fraktion solle bei der  
 der gesellschaftlichen Organisation ausgeprochen haben; in  
 fernerer Ermüdung, daß zum vollen Verständnis der modernen  
 proletarischen Bewegung die Erkenntnis der Notwendigkeit der  
 gesellschaftlichen Organisation gehört, empfiehlt der Parteitag den  
 Genossen allerorts mehr als je vorher, die politischen Vereinen  
 vollen in der Partei zu übertragen, welche zu dieser Erkenntnis  
 gelangt sind und ihrer bezüglichen Berufsorganisation angehören.  
 Parteienoffen des Wahlkreises Nieder-Barnim: In Er-  
 müdung, daß der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet neben dem  
 politischen unerlässlich ist und in der weiteren Ermüdung, daß  
 in letzter Zeit der sozialdemokratischen Partei der Vorwurf ge-  
 macht wurde, die Führer der Partei vernachlässigten die Gemein-  
 schaftsbewegung, macht es der in nächst tagende Parteitag  
 jedem Parteigenossen zur Pflicht, ebenso entschieden  
 für die Gemeinheitsbewegung wie für die politische Bewegung  
 einzutreten, weil jedoch der Vorwurf, daß die politische Partei  
 die Gemeinheitsbewegung vernachlässigt, ganz entschieden zurück-  
 indem man die Partei als solche nicht für die Ansichten einzelner  
 Parteigenossen verantwortlich machen kann.  
 Parteienoffen im Wahlkreise Rixdorf: In anbeacht dessen, daß  
 die in nächst tagende Parteitag des Proletariats folgende sozial-  
 istischen Produktionsweise immer mehr und mehr verdrängt  
 die Männerarbeit immer mehr und mehr durch die Frauenarbeit  
 verdrängt wird, und die Frauen infolge ungenügender Organi-  
 sation nicht in der Lage sind, den Kapital den nötigen Wider-  
 stand entgegen zu legen. Ferner in anbeacht dessen, daß die

Frauenarbeit mindestens zur Hälfte von jüngeren Arbeitskräften  
 verrichtet wird und die älteren Frauen nur schwer zur Organi-  
 sation heranzuziehen sind, hält es der zu nächst tagende Parteitag  
 der deutschen Sozialdemokratie für Pflicht eines jeden Ge-  
 nossen, für die gesellschaftliche Organisation der weiblichen Ar-  
 beitskräfte, insbesondere der jüngeren, in jeder Hinsicht einzutreten.  
 Speziell hält es der Parteitag für Pflicht eines jeden Vaters  
 und einer jeden Mutter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen,  
 dafür zu sorgen, daß ihre eventuellen Töchter, sobald sie das ge-  
 setzliche Alter erreicht haben, sich der betreffenden Gemeinheits-  
 organisation anschließen.

## Die preussischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie.

Zu den Ausführungen Bernsteins zu diesem Kapitel in  
 der „Neuen Zeit“ ergreift Gen. Paul Singer im  
 „Vorwärts“ das Wort zur Diskussion. Da wir die Auslassungen  
 des erstere vollständig wiedergegeben, so wollen wir auch  
 die Ausführungen Singers unverzerrt folgen lassen. Gen.  
 Singer schreibt:

Ich beteilige mich um so lieber an dieser Diskussion, weil  
 ich die Überzeugung habe, daß die Vermutung Bernsteins,  
 „das Ergebnis seiner Ermüdungen werde auf vielfachen,  
 vielleicht auf allseitigen Widerspruch in den Reihen der Ge-  
 nossen stoßen“, zutrifft.  
 Man kann Bernsteins vollkommen Recht geben in seinem  
 Urteil über die Wahlenthaltung aus Prinzip, ohne dazu zu  
 gelangen, aus dem Entgegengelegen ein Prinzip zu machen,  
 nämlich aus der Wahlbeteiligung.

Die Beteiligung der Sozialdemokratie an irgend einer  
 Wahl muß nach meiner Ansicht die Möglichkeit zur Voraus-  
 setzung haben, selbständig, aus eigener Kraft, ohne fremde  
 Hilfe eine sozialdemokratische Vertretung in der betreffenden  
 Körperschaft zu schaffen.

Dies ist bei den preussischen Landtagswahlen nicht der  
 Fall. Nicht das Dreiklassenwahlrecht hält mich von der  
 Beteiligung ab, sondern der Umstand, daß wir bei diesem  
 Wahlsystem niemals die Mehrheit der Wählerinnen haben  
 und dadurch nicht im Stande sein werden, Mandate ohne  
 Hilfe anderer Parteien zu erringen.

Der Bernsteinsche Vorstoß will die Kompromissmacherei  
 in der Reihe der sozialdemokratischen Kampfmittel einfließen.  
 Es ist dies ein Vorstoß, der, wie ich glaube, gleich bei  
 seinem ersten Auftreten ganz entschieden zurückgewiesen  
 werden muß.

Es ist auch nicht richtig, was Bernsteins behauptet, daß  
 nämlich die Sozialdemokratie bisher schon Kompromisse mit  
 anderen Parteien abgeschlossen hat. Bernsteins irrt, wenn er  
 annimmt, bei den Reichstagswahlen sei ein Kompromiss,  
 „wenn auch kein geschriebenes, sondern meist sogar nur ein  
 stillschweigendes“ gemacht worden.

Das Verhalten der Sozialdemokratie bei den Reichstags-  
 wahlen ist prinzipiell und faktisch unanfechtbar. Unbedingte  
 Stimmhaltung bei Stichwahlen zwischen gemäßigten Par-  
 teien wäre in manchen Fällen politischer Selbstverleugung.  
 Aber unsere Taktik bei den Reichstagswahlen ist bei den preu-

## Das Diamantauge.

Roman von Elie Werthe.

(Nachdruck verboten.)

„Wahrhaftig!“ murmelte Marianne, leise lachend, „der  
 Vater besitzt Verstecke, von denen man keine Ahnung hat.  
 Jetzt handelt es sich darum, ihn zu überlisten.“ Widouret  
 schien fortgehen zu wollen. Sie hielt es jetzt für richtig,  
 sich zu zeigen und trat, mit ihrer Last beladen, als ob sie  
 soeben heimkehrte, ein. „Vater“, sagte sie ruhig, „essen  
 wir nicht zusammen das Abendbrot?“ — „Rein, Marianne!“  
 erwiderte der Wächter mit demselben Gleichmut. „Sich werde  
 irgend etwas mit Vater Clement im Steuerhause essen. Wir  
 wollen dort bei einem Becher Apfelwein und einer Pfeife  
 Tabak den Abend verbringen. Erwarte mich nicht, denn ich  
 werde vielleicht etwas spät zurückkommen.“ Und der Wächter  
 entfernte sich, scheinbar harmlos singend.

### XXI.

Die durchbrochenen Felsen.  
 Als er kaum zwanzig Schritte von Hause entfernt war,  
 schlich Marianne zum Schranke. Sie wußte, daß das Schloß  
 dieses alten Möbel sich leicht ohne Schlüssel öffnen ließ  
 und nachdem sie einige Male gegen den Riegel drückte, ge-  
 lang es ihr, dasselbe zu öffnen. Sie drehte sich, die Brief-  
 tasche zu erlangen und sie entdeckte den Brief, dessen Inhalt  
 wie folgt lautete:

„Wenn Herr Widouret wirklich ein anfälliger Mensch  
 und ein guter Christ ist, der trennen die Zeit, so wird er  
 sich heute abend um 11 Uhr an den durchbrochenen  
 Felsen am Meeressperr einfinden. Er wird die wenigen  
 Minuten im Leuchtturm von Plohnabel vergessene Ledertasche  
 mitbringen und dafür strenge Sorge tragen, daß niemand  
 erfährt oder ahnt, wofin er geht. An dem bezeichneten Orte

wird er den berechtigten Eigentümer der Tasche antreffen,  
 der ihm eine glänzende Belohnung geben wird. Herr  
 Widouret darf versichert sein, daß jeder Verrat seinerseits  
 strenge bestraft werden würde: es sind übrigens auch Maß-  
 regeln getroffen worden, denselben erfolglos zu machen!“  
 Dieser Brief trug keine Unterschrift und schloß mit einer  
 Warnung, die, wie wir wissen, bei Widouret unnützig war.  
 Marianne überlegte jedes Wort, alsdann dachte sie: „In  
 jedem Falle kennt derjenige, welcher den Brief geschrieben  
 hat, den Charakter meines Vaters ganz genau! Man treibt  
 ihn in die Enge, indem man ihm sagt, er müsse sein Wort  
 halten, wenn er seine Seele retten will. Aber er geschworen  
 hat, bedurft es nur dieses einen Mittels. Da er ich,  
 dieses nicht schlafen, ich verzichte gern auf die Belohnung  
 dieses Engländers! Das Geld von Schurken bringt keinen  
 Nutzen! Die angelegte Zeit ist Uhr! — Ich will schnell  
 meine Wirtshaft betreten.“

Und Marianne ging an die Arbeit. Sie machte drei oder  
 vier Gänge zum Hafen, um die Bootgeschäfte nach Hause  
 zu holen. Als ihr Gatte zurückgekehrt war, trug sie das  
 Abendbrot auf und nahm heiter daran Anteil. Nachdem  
 alles in der Wohnung in Ordnung gebracht war, schickte sie  
 einen Besuch bei einer Nachbarin vor und ging fort, ihren  
 müden Gatten einem kleinen Schlummer in der Kammer  
 überlassend. Der größte Teil der Dorfbesohner schlief.  
 Sie schlich an den Häusern entlang und gelangte zu einem  
 Gebäude, welches dem Hafen gegenüber lag und dem man  
 den stolzen Namen: „Das Boll-Hotel“ gegeben hatte. Dort  
 blickte sie durch die Parterre-Fenster. Sie hatte die Genuß-  
 stunde, Widouret, Vater Clement und noch andere Personen  
 um einen Tisch, welcher mit Apfelweinkrügen und Gläsern  
 belegt war, sitzen zu sehen.

„Alles geht gut“, dachte Marianne. „Er scheint noch  
 nicht an das Fortgehen zu denken, ich habe noch Zeit übrig.“

Sie setzte in das Dorf zurück und richtete ihre Schritte auf  
 ein nebliges, bürgerliches Haus zu, welches am Eingange  
 Plohnabels gelegen und den Dorfbesohnern wohl bekannt  
 war. Es war die Wohnung des Doktor Colardeau. Man  
 sah Licht in der ersten Etage und Marianne wußte, daß der  
 Arzt bei Tag und Nacht dem Publikum zur Verfügung  
 stand. Als sie läutete, kam eine Magd, empfing sie und ge-  
 leitete sie sofort in das Kabinett Colardeaus. Derselbe  
 schrieb an einem Tische; er glaubte, es sei eine gewöhnliche  
 Patientin erschienen und drehte sich langsam um. Als er sie  
 erkannte, erhob er sich sofort. „Sie find es, meine brave  
 Frau?“ rief er. „Gibts etwas Neues?“ „Ja, ja, mein  
 Herr!“ und Gutes, wie Sie hören werden.“

Marianne setzte sich ohne weiteres in einen Fauteuil und  
 erzählte, was ihrem Vater passiert sei. Colardeau hörte auf-  
 merksam zu; aber je mehr sie erzählte, umjohrer nahm sein  
 Gesichtsausdruck an Enttäuschung zu. „Sich hoffe, Mari-  
 anne“, erwiderte er endlich, „daß Sie mir von meinem un-  
 glücklichen Freunde erzählen wollen. Dessenungeachtet ent-  
 behrt das, was Sie mir mitteilen, nicht der Wichtigkeit,  
 denn wenn man ihm zuvorkommt und an den kühnen Sandons  
 Hand anlegt. — Nichts ist leichter als das, Herr Doktor,  
 man faßt ihn ab, sobald er sich an dem durchbrochenen  
 Felsen zeigt.“ „Glauben Sie, daß er selbst kommen  
 wird?“ „Vielleicht wird er jemand an seiner Stelle schicken,  
 aber ich kenne meinen Vater, er wird den fraglichen Gegen-  
 stand nur an den Engländer selbst ausliefern.“ — „Wenn  
 er nicht an dem Drie der Zusammenkunft eine Truppe von  
 Taugenichtsen antrifft, die sich der Kaffeetische bemächtigen  
 und Widouret in das Meer werfen, um sich seiner Verfüghen-  
 heit zu verschämen!“

„Mein Gott! Ist das wahr?“ fragte Marianne erschrocken.  
 „Daran habe ich nicht gedacht. Man muß meinen Vater  
 verhindern, hinzugehen.“ — „Rein, nein! Im Gegenteil, er

hischen Landtagswahlen nicht anwendbar. Dort geben wir selbstverständlich, ohne eine Gegenleistung zu fordern oder zu erwarten, unsere Stimmen einer Partei, die in bestimmten Fragen eine unserer Auffassung entsprechende Politik verfolgt. Hier sollen wir nach Bernsteins Vorschlag unsere Stimmen für den Preis eines Mandats an unsere Feinde verkaufen. Wir können nicht verhindern, daß gemeinsame Stimmen bei den Reichstagswahlen für unsere Kandidaten abgegeben werden, aber was wir verhindern müssen, ist der Tauschhandel mit Mandaten, den uns Bernstein zumutet.

Würde es nicht unseren Prinzipien und unserem Programm gegenüber geradezu ein Verrat sein, wenn die sozialdemokratischen Wahlmänner in Berlin für einen freisinnigen, in Königsberg für einen konservativen, in Hannover für einen Nationalliberalen und in Köln für einen Ultramontanen stimmten, nur um in diesen Städten ein Landtagsmandat zu ergattern?

Bernstein ist nicht von der Verberichtigung und Verberichtigung aller Kompromisse überzeugt und meint, es käme alles auf die Natur und Umstände des Kompromisses an. Schön. Aber die Natur des von ihm vorgeschlagenen Kompromisses ist eben derartig, daß die Sozialdemokratie ihrer Selbsthaltung wegen nicht darauf eingehen kann. Die Taktik, die von Bernstein empfohlen wird, müßte die Partei formieren, und eine selbstverständlich von Bernstein nicht gewollte — Verwässerung der sozialdemokratischen Agitation zur Folge haben. Das Mandat, einmal, auch um den Preis eines Kompromisses, als erstrebenswert hingestellt, zwingt Rücksichten auf, bei denen die Agitation und die Propagierung unserer Ziele unbedingt Schaden leiden muß.

Der Klassenkampf des Proletariats muß frei gehalten werden von Bündnissen mit bürgerlichen Parteien.

Gewisse Bernstein äußert manche Bedenken gegen die Beteiligung an Parlamentswahlen und die Betätigung in den Parlamenten.

Ich teile seine Befürchtungen nicht, weil ich die Partei für stark genug halte, Leute, die etwa die von Bernstein gebachten Handlungen begehen, jeden Moment unschädlich zu machen.

Aber einen Augenblick die Möglichkeit der Bernsteinischen Ansicht angenommen, so ist doch die Ausführung seines Vorschlages erst recht schädlich. Denn wie die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten energisch und zielbewußt ausgeübt werden, wenn der Boden, dem die Mandatsinhaber entwaschen, von der Bourgeoisie bereitet ist?

Was können sozialdemokratische Abgeordnete, die das Produkt bürgerlicher Wahlstimmen sind, im preussischen Landtage leisten?

Die Sozialdemokratie soll — wie ich meine — nicht danach streben, in einem Parlament zu sitzen, das aus dem Schoße des „elendesten und widerwärtigsten aller Wahlsysteme“ geboren, die widerliche Karrikatur einer Volksoververtretung darstellt.

Die Sitze in einem solchen Parlament dürfen — denke ich — nicht erkauf werden mit der Preisgabe eines Grundgesetzes, den die Partei seit Jahrzehnten mit Recht als ein Gebot der Parteifreiheit bezeichnet hat.

Der Bernsteinische Vorschlag ist aus prinzipiellen Gründen unannehmbar, und jede noch so gewandte dialektische Verteidigung desselben scheitert an der Tatsache, daß seine Ausführung mit den ehernen Prinzipien der Sozialdemokratie unvereinbar ist.

Ob er ist etwa die Bernsteinische Anregung so zu verstehen, daß es sich nicht darum handelt, auf dem Wege des Kompromisses mit einer beliebigen, hierzu bereiten bürgerlichen Partei sozialdemokratische Abgeordnete in den preussischen Landtag zu bringen, sondern daß er es als eine Aufgabe der Sozialdemokratie betrachtet, das Abgeordnetenhaus aus einer konservativ-ultramontanen Körperlichkeit in eine liberale Vertretung der Kapitalistenklasse zu verwandeln?

In diesem Falle müßte gewisse Bernstein erst angeben, welchen Liberalismus er eigentlich meint. Ist es der Richterliche, Partische oder Bemühenliche Liberalismus, dessen Grundzüge eine so starke Verlockung für die Arbeiterklasse enthalten, daß die Beteiligung an den Wahlen zur Schaffung einer liberalen Mehrheit im preussischen Landtag geboten ist?

Ich will an dieser Stelle mich nicht in lange Betrachtungen über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Schlagwortes von der „reaktionären Masse“ einlassen. Aber ich darf, ohne auf Widerpruch zu stoßen, behaupten, daß wenn die Bezeichnung „reaktionäre Masse“ in ökonomischen Sinne gebraucht wird, das Wort heute noch seine volle Berechtigung hat. Ja ich glaube sogar, daß wir heute jenes Wort mit größerem Recht, als es Lassalle zur Zeit getan hat, ausprechen dürfen. Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei in Deutschland geworden. Sie repräsentiert eine Macht, vor der die bürgerliche Gesellschaft zittert, und sie bekämpft, indem sie ihre revolutionäre Tätigkeit auf die Umgestaltung der herrschenden Wirtschaftsordnung richtet, alle bürgerlichen Parteien, welche politischen Richtungen dieselben auch vertreten mögen.

Was ist da natürlicher, als daß die Bourgeoisie aller Schattierungen, durch die ökonomische Entwicklung immer mehr zusammengezwängt, die trennenden Momente vergißt und namentlich in wirtschaftlichen Fragen sich gemeinsam gegen den Ansturm der Sozialdemokratie wehrt?

An der Wiederherstellung der Arbeiterklasse wirken alle bürgerlichen Parteien in bürgerlicher Einigkeit, und in diesem Sinne hat daher heut mehr wohl vielleicht als früher das Schlagwort von der „reaktionären Masse“ seine Berechtigung.

Für meine Beurteilung des Bernsteinischen Vorschlages sind einzig und allein die prinzipiellen Gründe, aus denen ich jedes Kompromiß mit einer oder mehreren bürgerlichen Parteien verwerfe, maßgebend. Würden wir die Möglichkeit haben, eine sozialdemokratische Mehrheit der Wahlmänner in einzelnen Wahlbezirken zu schaffen, so wäre ich der erste, der für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen einträte, weil auch ich, mit Bernstein, der Ansicht bin, daß die Sozialdemokratie die Pflicht hat, überall da, wo es möglich ist, agitatorisch zu wirken und der Bourgeoisie das Terrain abzuzugrenzen.

Bernstein sagt: „Was wir thun können, das sollen wir auch thun.“ — aber wir können und wollen nichts thun, dessen etwaige Erfolge wir mit der Abschwägung unserer klaren, zielbewußten, in dem Boden des Klassenkampfes wurzelnden Agitation befehlen müßten.

Nach meiner Uebersetzung „kann“ die sozialdemokratische Partei sich nicht an den preussischen Landtagswahlen beteiligen. Dieses „Nichtkönnen“ ist für mich lediglich das Merkmal prinzipieller Ermahnungen. Die praktischen Hindernisse würden mich nicht im geringsten abschrecken. Eine Partei wie die unsere, übermüht, wenn sie will, die technischen und agitatorischen Schwierigkeiten, die das Dreiklassenwahlsystem bietet.

Die öffentliche Stimmgabe würde — so sehr wir sie bekämpfen — sozialdemokratische Umwälzer und Wahlmänner nicht abhalten, ihrer Uebersetzung Ausdruck zu geben — die Beispiele hierfür in der Partei sind reichlich vorhanden. Die Art der Wahl — so zeitraubend und mit Vorkurs für die Arbeiter verbunden sie auch ist — würde bei der Dysfunktionalität unserer Parteigenossen kein unüberwindliches Hindernis bieten, — kurz, wenn wir vor preussischen Landtag wählen könnten — ohne durch ein Kompromiß uns selbst auf's ärgste zu kompromittieren, dann hätte Bernstein recht, und dann würden ichon längst einige sozialdemokratische Redner etwas Leben in den bürgerlichen Kampfeinsatz am Donhoffplatz gebracht haben.

Es ist an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, daß sich Bernstein auch in der Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse irrt. Ich würde zu der Frage nicht anders stehen, auch wenn die Meinung Bernsteins über die Aussichten der sozialdemokratischen Partei bei den preussischen Landtagswahlen zuträfe. Aber ganz gleichgültig ist es auch nicht, ob sich die sozialdemokratische Partei auf eine Agitation einläßt, bei der sie — um belustigt zu reden — sicher „reinfällt“ muß. Ja der nutz- und erfolgslosen Arbeit würde der verdiente Spott hinzutreten, und die Sozialdemokratie Preussens würde den tobnachenden Gegnern beschämt das Gesicht machen müssen, daß sie um eines Phantoms willen auf das Recht verzichtet habe, fernherhin von Prinzipienreue zu sprechen.

Auch die Umahme, als ob in Parteifreien die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ernsthaft in Erwägung gezogen wird, ist, abgesehen von Bernstein und vielleicht vereinzelten Anhängern seiner Ansicht, irrig. Ich würde,

wäre dies der Fall, wohl auch davon gehört haben und kann, ohne indistret zu sein, mitteilen, daß nach Ansicht einer größeren Anzahl von Männern, die mit den in der Partei vorhandenen Stimmungen durchaus bekannt sind, so wenig Meinung für den Bernsteinischen Vorschlag in der Partei zu Tage tritt, daß es nicht einmal für nötig befunden wurde, die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen auf die Tagesordnung des im nächsten Monat stattfindenden Parteitagess zu legen.

Da die Frage aber einmal zur Diskussion steht, ist es gut, wenn sie nach allen Seiten hin beleuchtet wird.

Ich habe nicht den leisesten Zweifel, daß die Erörterung des Bernsteinischen Vorschlages aus prinzipiellen Gründen mit seiner entgegengesetzten Ablehnung endet.

### Bündnis.

Bei der Beratung der Militärvorlage wurde bekanntlich vom Bundesratssitze aus besprochen, daß im Reiche wesentliche **Kulturaufgaben wegen Mangels an Mitteln zurückblieben**. In Preußen scheint uns aber das doch der Fall zu sein. Am Dortmund Amtsgenossenschaft, einem der größten überhaupt, ist nicht einmal ein Zeugnisszimmer vorhanden, und wird auch nicht beschafft, obwohl die Bürgergesellschaft sich hierbeifach wiederholt beschwert hat. Außerdem müssen die Parteien vielfach die Zeugen selbst aufrufen, weil für viele Richter nur ein Gerichtsdiener vorhanden ist. Vor einiger Zeit hatte die Gattin eines bekannten Schriftstellers am Magistrategerichte zu thun. Der Richter forderte diese Dame auf, die folgende Zeugin hereinzuführen. Weil dieses nun die Gegernerin der Dame in dem Prozesse war, und der Richter nach ihrer Auffassung sie dabei hart angefaßren haben sollte, so regte sich die Frau darauf auf, daß sie laut zu weinen begann. Der Gatte der Dame beschwerte sich bei dem Oberlandesgerichts-Präsidenten Dr. Falk. In der Erregung brachte er Redewendungen, die ihm eine Anklage wegen Beleidigung des Richters zuzogen. Der Schriftsteller ist hierbeifach mit 50 Mark bestraft worden. Bei den Zivilprozessen hat ein Richter gewöhnlich in einem Termine 100 bis 150 Sachen abzuwickeln. Das wäre doch Arbeit für zwei, aber es fehlt an dem nötigen Gelde. Das ist ein geradezu trostloses Bild. Wer nur eine Ahnung hat, wie es auf dem Gerichte zugeht, der wird zugeben müssen, daß es auf einer Beschimpfung gar keine Rede sein kann, wenn ein Richter 100—150 Sachen in einem Termine abzuwickeln soll.

Wenn von den **wirtschaftlichen Verbesserungen** gesprochen wird, welche die Einführung der Tabakfabrikation im Gefolge haben würde, so denkt man gewöhnlich nur an den Gewinn von einigen tausend Tabak- und Zigarrenfabrikanten und an das Protzvolwerden von ca. 50 000 Arbeitern, welche dann größtenteils den betreffenden Kommunen zur Last fallen werden. Bekleeres wird um so empfindlicher sein, als meist gerade die ausgebeutete Zigarrenfabrikation in den ärmsten Gegenden betrieben wird, und wahrheitsgemäß die Mehrzahl der Kommunen in großer Verlegenheit sein wird, wie sie die nötigen Geldmittel zur Erhaltung der von Staatswegen drohlos gemachten Arbeiter aufbringen soll. Aber mit diesen wirtschaftlichen Verbesserungen ist es, wie der „Volkszeitung“ aus Interessententrefren geschrieben wird, nicht abgethan. Die Tabak- und Zigarrenindustrie beschäftigt zahlreiche Nebengewerbe zur Herstellung der für die Verpackung notwendigen Papiere, Farbenblätter, Wäbner, Stiften u. s. w., und daß ihr Bedarf darin kein kleiner ist, beweist der Umstand, daß die Ausgaben dafür von berufener Seite auf jährlich ca. 30—40 Millionen Mark geschätzt werden. Nehmen wir nun einen Rückgang im Konsum von 33 1/2 Proz., an, welcher sich bei den Zigarren, bei denen am meisten für Verpackung und verglichen ausgegeben wird, auf etwa 50 Proz. steigern würde, so kann man annehmen, daß diese Gewerbe einen Ausfall in ihrem Umsatz von fünfzehn bis achtzehn Millionen Mark haben werden, welcher sich vielleicht, da die Zigarrenfabrikanten den Verzicht machen werden, bei den Ausstattungen zu sparen, auf über 20 Millionen Mark steigern wird. Es werden also auch die Industrien dieser Kategorien ganz empfindlich geschädigt werden und es müssen auch bei ihnen zahllose Arbeiter entlassen werden. Wie weit sich die Arbeiter-Entlassungen in diesen Kreisen

den Straßen und im Hafen war kein Passant zu sehen. Bidouret gelangte zum Strande, ohne irgend jemand zu begegnen. Die Wellen glitten leise auf den Sand und spritzten ihren weißen Schaum gegen den Fuß der Felsen, so daß es auf manchen Stellen schwer war, zu passieren. Aber die Mondhölche leuchtete, gleich einem silbernen Vogen, an dem von unzähligen Diamantsternen erglänzenden Himmel und bei ihrem milden Lichte konnte man dem tödlichen Angriffe der Fluten ausweichen. (Fortsetzung folgt.)

### Saint Simon.

Ein Sozialist der französischen Revolution. W. V. Sollte man heute, am 17. October, nach den geschichtlichen Notizen eines nach Gesichtspunkten des liberalen Bürgertums und des konservativen Adels — und was die Fierden des Jahrhunderts mehr sind — eingerichteten Adresskalenders schauen, so wird man gewiß Daten verzeichnen finden, die für je zwei Klassen von großer Wichtigkeit sind.

Man sehe nur nach! Es ist sicher, aber keineswegs befremdend, daß dieser Tag als der Geburtsstag eines hervorragenden französischen Sozialisten nicht bezeichnet wird. Denn Saint Simon gehört jenen Menschen, deren bloßer Name einst genigte, die Mitglieder der friedliebenden, staatshaltenden Klassen einen förmlichen Schreck einzujagen.

Es ist nicht ischarf genug zu betonen, daß die Aufgabe der Sozialdemokratie nicht in einem Rückblicke, sondern in einer rücksichtslosen Kritik der gegenwärtigen Gesellschafts-, nicht Ordnung, sondern Umordnung besteht; so kann in der Verbreitung des Lichtes und der Auffklärung in Bereitschaft für die große Umwandlung, die da kommen wird und kommen muß.

Schon lange aber trägt die Gesellschaft den Keim dieser Umwandlung in sich, und es ist zugleich lehrreich und billig,

jener Männer zu gedenken, die diejenigen Kräfte frühzeitig wachen lassen, welche die Triebfeder der neueren Menschheitsgeschichte bilden.

Wie jede andere weltgeschichtliche Bewegung ist auch die Sozialdemokratie weder das Resultat des Wirkens von Agitatoren, noch die Erfindung geistreicher Männer. Das hat man sich nämlich einst weiß zu machen verführt. Sie erklärt sich vielmehr aus den unter der gegenwärtigen Gesellschaftsform vorhandenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einflüssen. Die Wertmale dieses Maschinenzeitalters: Stoffbetrieb, Ausbeutung, Zerpalterung der Gesellschaft in Klassen, von denen der eine mit dem anderen nichts gemein hat, charakterisieren ganz besonders das gegenwärtige Jahrhundert. Ja, sie bilden geradezu in besonderem Maße die Geschichte des Jahrhunderts.

Schritt für Schritt ist es dazu gekommen, seitdem die Bourgeoisie der französischen Revolution sich als Beherrin der Menschheit aufwarf, daß wenigstens der Anschein einer politischen Gleichheit und einer Volksoververtretung erzwungen wurde.

Wenn wir auf jene Revolution zurückblicken, so wird man wohl zugeben müssen, daß es die bedeutendste moderne Bewegung war, die von „unten herkam“. Das Bürgertum beanspruchte im Kampfe mit dem Adel gleichzeitig die Interessen der verschickenen arbeitenden Klassen jener Zeit mit zu vertreten. Bald aber ergab sich, daß das sogenannte zukünftige Reich der Bourgeoisie, d. h. des in Produktion und Handel thätigen dritten Standes, der gegen die bis dahin bevorrechteten niedrigen Stände, Adel und Geistlichkeit vorging; daß die Gleichheit auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz hinansickte; daß die ewige Gerechtigkeit ihre Verwirklichung fand in der Bourgeoisjustiz; und daß als eines

erfunden werden, ist schwer zu sagen; da aber bei allen diesen Arten der Materialwert ein geringer ist, so steht in jenen 20 Millionen eine große Menge Arbeitslohn und es werden wahrscheinlich einige tausend Arbeiter brotlos werden. Es haben also auch alle Interessenten dieser Hilfsbränden der Tabak-Industrie das größte Interesse daran, daß der Kampf gegen die Einführung der Tabakfabriksteuer stetig zu Ende geführt werde. Ihr eigener Vorteil verlangt es, daß sie sich energisch daran beteiligen.

**Der Bundesrat** nahm in der am 13. d. M. unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher, abgehaltenen Plenarsitzung zunächst die erforderlichen Resolutions- und Stellen eines unabhängigen Mitgliedes des Reichs-Verwaltungsrats und eines Mitgliedes der Reichsjustiz-Kommission vor. Mehrere Eingaben, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung u., wurden dem Reichsanwalt übergeben.

**Preß- und Vereinspolizeiliches.** In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir unter Frankfurt, 13. Oktober: In der Sitzung für Uebertretungen werden heute ein paar interessante Entschädigungen preß- und vereinspolizeilichen Inhalts von der Berufsinstanz des Dreimannengerichts gefällt. Der eine Fall betrifft die Auflage gegen ein Korporator der von dem Berliner „Vorwärts“ herausgegebenen Druckchrift: „Der Zukunftsstaat und die Sozialdemokratie.“ Rede des Reichstagsabgeordneten Bebel am 3. Februar 1893 (16 Seiten). Der Angeklagte hat diese Schrift in Wödelheim verteilt, ohne Erlaubnis, in der Weise, daß er die einzelnen Exemplare in den Häusern an einzelne Personen abgab, und zwar in den Wohnstuben. Dagegen paßt auf diesen Fall nicht die neuerdings ergangene Entscheidung der obersten Instanz (wonach die Abgabe von Druckchriften ohne polizeiliche Erlaubnis verboten ist, wenn die Verteilung in der Weise geschieht, daß die Schrift auf die Treppen oder Hausflure gelegt wird). Das Schöffengericht hat den Angeklagten mit 3 M. Geldbuße angelesen. Auch die Staatsanwaltschaft (Si.-A. Schule) ist in diesem Falle mit der Freisprechung, die der Verteidiger, N.-A. Dr. Wödelthal, beantragt, einverstanden. Es giebt nichts minder Deffentliches als eine Stube, debuziert der Verteidiger, der die Anwendbarkeit des § 10 des preussischen Preßgesetzes vom Mai 1850 vorbringt, worin die Verteilung von Druckdriftungen ohne polizeiliche Erlaubnis auf öffentlichen Straßen oder an öffentlichen Orten untersagt wird. Die Verteidigung bestreitet auch das Bewußtsein der sträflichen Handlung beim Angeklagten. Es erfolgt denn auch die Freisprechung. — Ein analoger Fall hat vor dem Vordemheimer Schöffengericht gespielt. Es stehen 6 Arbeiter vor der Appellinstanz, die dort freigesprochen worden sind von der Auflage, die Bebel'sche Rede in Eidersheim und Glinheim kopiert zu haben. In diesem Falle zieht die Staatsanwaltschaft ihre Appellation zurück. — Um die Auffassung des Vereinsgesetzes handelt es sich in der Auflage gegen zwei Schlosser, die in erster Instanz am 10. Mai freigesprochen sind, wegen der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hat, aber damit abgewiesen wird. In Veranlassung im August vorigen Jahres war die Gründung eines Kartells der Gewerkschaften und eine Unterbindung der Arbeitsordnungen in Aussicht genommen worden, zu welchem Zweck in den Veranlassungen Kommissionen ernannt wurden. Diese Kommissionen werden von der Staatsanwaltschaft als Vereine angesehen, und den Angeklagten wird zur Last gelegt, diese Vereine nicht angemeldet und Mitgliederverzeichnisse nicht eingereicht zu haben. Der Verteidiger, N.-A. Dr. Goldbein betreibt, daß derartige Kommissionen den Charakter von Vereinen an sich tragen. Es wird auch von Gericht auf Freisprechung erkannt und der auf 30 M. lautende Strafparagraf abgewiesen. Die Kammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Richter läßt die Frage, ob diese Kommissionen als Vereine anzusehen sind, unentschieden und erkennt auf Freisprechung, weil den Angeklagten nicht nachgewiesen ist, daß sie in den bezüglichen Veranlassungen als Vorsteher fungiert haben und überhaupt demgemäß Verpflichtungen zur Einlieferung der Mitgliederlisten hatten.

**Das grauenhafte Elend der italienischen Landarbeiter** macht sich wieder bemerkbar. Eine Meldung aus

Stilien befragt, daß in Corleone fünfzigtausend Landarbeiter die Arbeit niederlegten. Bewaffnete Bauernscharen durchzogen die Gegend und drohen, Verhaftungen, die etwa vorgenommen würden, Widerstand zu leisten. In Piana bei Orcei herrschen ähnliche Zustände. Die Regierung schickt Truppen nach den bedrohten Punkten.

Wie müßten die Leute bedrückt sein, ehe sie, die zum größten Teil auf der niedrigsten Stufe der Bildung stehen, sich in solcher Zahl zum Widerstand gegen ihre Ausbeuter vereinigen konnten!

**Von der Themis mit den verbundenen Augen.** Wenn Richter in ihren Urteilen sich in den Streit der Parteien mischen und Leute anderer politischer Richtungen beleidigen, so ist das zu tadeln. Im Almenan in Thüringen habe das Schöffengericht unter Vorhieb des jetzigen Landrichters Dr. Fitting in Weimar einige Fortbildungsschüler je zu 3 Tagen Haft verurteilt und zwar wegen Verleumdung von sozialdemokratischen Versammlungen. Das mag ja in Weimar angehen, das Gericht habe aber in dem Erkenntnis angeführt, die Strafe müsse besonders hoch ausfallen, weil es sich um Veranlassungen handele, zu denen das zuchtlose und freche Gerede herangezogen werde, wie es die Sozialdemokratie zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele bedürfe. Die hiesige sozialdemokratische „Mheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ hatte dieses Erkenntnis abgedruckt und kräftige Worte der Abwehr daran geknüpft. Der oben erwähnte Vorsitzende des Schöffengerichts sahle sich dadurch beleidigt und stellte Strafparagrafen gegen jenes Blatt. Die hiesige Strafammer hat dem angeklagten Redakteur jedoch den Schutz aus dem § 193 zugebilligt und ihn freigesprochen. Das Urteil des Schöffengerichts entferne sich weit von der Sache. Herr Rechtsanwalt Rohn hatte in trefflicher Rede gefordert, wohin man gelange, wenn der Richter seine Ansichten über andere Parteien in die Urteile einbringe.

Die in Amerika befannte Anarchistin **Emma Goldman** ist wegen aufreger Reden in Arbeiterversammlungen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden.

**Parteinachrichten.**

Die sozialdemokratische Presse zählt nach einer Zusammenstellung im „Vorwärts“ 133 Reichsdrifter, darunter 74 allgemeinpolitische, 4 Wils- und Unterhaltungs- und 55 gewerkschaftliche Blätter. Von den rein politischen Parteiorganen erscheinen 32 täglich, 25 dreimal wöchentlich, 5 zweimal wöchentlich 12 einmal wöchentlich.

**Lokales und Provinzielles.**

Halle a. S., 16. Oktober.

Die „Salleische Zeitung“ spottete in ihrer Abendausgabe der Sonabendnummer ihrer selbst und noch nicht. Auf andere Mitteilung von der „Anleitung zum Streik“, über welche das Blatt an der Spitze seiner Mittwochs-Morgenausgabe selbst berichte, reagiert daselbe in folgender ergötzlicher Weise:

„Das hiesige revolutionäre Blättchen, welches berufsmäßig an jeder Uebung und an jeder Aufsehung gegen alle Autorität seine heilige Freude hat, glänzt in unferer Noth, betreffend den unter unferem Segepersonal am Mittwoch unferen Streik ausgewiesenen zu müssen. Zur Veranschaulichung der „Genossen“ können wir mitteilen, daß nicht nur die Aufseher, sondern auch sämtliche Hauptteilnehmer des Ausstandes entlassen sind, darunter einer, der bereits früher in sozialdemokratischen Druckerien nicht gut gekannt hat, und 2. auch ein einer Firma in der Holzergewerbe aus ähnlichen Gründen entlassen ist. Die nur durch die zielbewußten „Genossen“ zum Streik gemungenen Leute haben wir natürlich gern behalten, da sie fleißige und ruhige Arbeiter sind.“ Was unser Zweifel an dem in der „Halle Ztg.“ ausgebrochenen Streik anlangt, so waren dieselben bei uns bereits geloben, als die „Halle Ztg.“ mit obiger Nachricht erdient (viele Sonabendnummer des „Vollst.“). Im Grunde richteten sich unfer Zweifel aber nicht gegen die Thatsache des Streiks an sich, sondern diese Zweifel waren mehr Verwendung darüber, daß in der Drucker der „Halle Ztg.“, wo die Leute sehr genau ausgebildet werden, überhaupt etwas Derartiges vorkommen kann. Da aber dieses Kapitel nun einmal angesprochen ist, werden wir in der nächsten Nummer einmal recht eingehend die Verhältnisse in der Drucker der „Halle Ztg.“ beleuchten und unferen Lesern ein äußerst gelungenes Gegenwärtbild konservativer Sozialpolitik geben, welches recht anschaulich machen wird, wie die konservativen Sozialpolitik in der Praxis aussieht. Was nun das revolutionäre „Blättchen“ anlangt, so mag sich die Redaktion der „S. Z.“ gefügt sein lassen, daß wenn in unferer Druckeri solche jammervolle Zustände beständen, wie in der „S. Z.“, so würden wir auf

„Koffen unferes Sege- und sonstigen Personal unfer „Vollst.“ ebenio wohl „blatmäßig“ ausfallen können, wie die „S. Z.“ es auch nicht ablehnen würde, daß gerade sein möchte. Wenn das „Vollst.“ sich nicht beschweren und eine solche lange Arbeitszeit erdulden würde, wie die in der „S. Z.“ thätiglich befehlt, nämlich bis zu 15 Stunden, so würde das „Vollst.“ seinen Umfang — aber nur auf Kosten der Sege — bedeutend auf den der „S. Z.“ erweitern können. Was nun den Hauptartikel betrifft, der unter unferer Druckeri gedruckt, aber hier entlassen worden ist, weil er hier nicht „gut gekannt“ ist, so werden wir in unferer Druckeri wieder eine Arbeitskraft überflüssig, weil eine hochgeschult, „Der Dpfer“ jetzt in Berlin überflüssig. In unferer Zeitung stehen nur Leute, die von Anfang an, d. i. seit der Gründung des Blattes, thätig sind. Unfer Druckeri ist kein Taubenschlag, wie die der „S. Z.“. Wir wissen, wenn ein Mann alter und eingerichteter Arbeiter zu wirdigen. Eine Veränderung tritt bei uns nur ein, wenn eben größere Aufträge zuzurücken. Bemerken wollen wir noch, daß in unferer Druckeri 9 Stunden gearbeitet wird, während in der „S. Z.“ wie gelangt die Arbeitszeit bis auf 15 Stunden ausgebeugt wird. Dabei stehen sich unfer Sege im Durchschnitt noch besser, als in der „S. Z.“. Die „S. Z.“ lagt zum Schluß, daß sie die zum Streik angewandten Leute gern behalten habe, da sie fleißige und ruhige Leute seien. Wir werden nun in den nächsten Nummern zeigen, daß die „S. Z.“ wenigstens mit solchen ruhigen und fleißigen Arbeitern auskommt, die ihre Herren Arbeitergeber für sich denken lassen und mit allem zutreiben sind, was dieselben ihnen bieten.

Die Folgen der Reichstagswahl-Kampagne, soweit sie in Beziehungslagen zwischen unferem Kammern, dem Vorkommener Seffelbarth und Landrat v. Werder zum Ausdruck kam, sind wohl unter Lesern noch größtentheils erinnerlich. Inzwischen ist es aber auch eine kurze Uebersicht über die Sache hinter den Kulissen ihren Blickpunkt findet, worüber wir in einem unferm 13. Oktober an uns gerichteten Schreiben folgende Schilderung erhalten:

„Seute vorhinmal erschien der pp. Karl Seffelbarth im Restaurant des Herrn Ferdinand Schreiber, Thalamstraße 4 hier, und zeigte den sämtlichen Gästen einen Koffer, der unter dem Herrn Landrat des Saalkreises von Werder hier, in welcher Wirtlich enthalten war. Seffelbarth sollte gegen Verzögerung der bezüglichen Postkarte bei ihm: 1. Die 10 Mark Strafgebühren, 2. Die Verhaftungskosten und 3. Die Notariatskosten für Herrn Justizrat Schlimmann-Galle a. S. abholen; der Betrag wurde von dem konfiszirten Betrag Seffelbarth hat nun sowohl Karte als auch die Geldbeträge im öffentlichen Restaurant des Herrn Schreiber, Thalamstraße 4 hier, vorzeitig der Welt übergeben, da er sich nicht um die Verhaftung hier habe die 21 M. für Bestreitung freiwillig erlassen. Wir erinnern demgegenüber nur an die Anzeigen, wegen deren Seffelbarth bestraft worden, und überlassen unfer Lesern das Urteil.“

„Der freie Arbeitsvertrag“ ist in vergangener Woche in der der Arbeitlosen belegen fallenden Zehntelfabrik wieder einmal in die Öffentlichkeit geworfen worden. Die Arbeiter der Wöthcherwerkstelle, die bisher einen Stundenlohn von 22 Pf. erhielten, bei der am Mittwoch stattfindenden Lohnzahlung ohne vorherige Benachrichtigung der Lohn bis auf 18 Pf. pro Stunde gekürzt werden, und dem energischen Auftreten der Arbeiter, die es zu banken, daß dieses „freie Spiel der Wirtschaftlichen Kräfte“ nicht in seine Wirkung zum Schaden der Arbeiter behältige Wirkung trat. Wenn den Arbeitern zu Anfang einer neuen Arbeitsperiode eine Herabsetzung der Löhne dekretiert wird, so wird diese Handlungsweise, ein Ausmaß des heutigen Systems, in sehr vielen Fällen, wenn auch nicht immer, seitens der Arbeiter ungenügend akzeptiert werden. Eine solche Herabsetzung der Arbeitsperiode aber ohne weiteres solche Absicht zu machen, dazu wird sich sehr selten ein Arbeitgeber bereit fühlen und der Umstand, daß es in diesen Fällen geplant war, wirkt wohl ein geringeres Licht auf diejenigen, von denen der Plan ausging. In unferer Zeit haben denn auch die Arbeiter nicht nur, sondern am Montag ihre letzte Stunde gekürzt haben, am Freitag schon den Stand der Arbeit von ihren Vätern geerbt.“

Die Tagesordnung für die heute (Montag) nachmittags 4 Uhr stattfindende Sitzung der Stadtverordneten-Verammlung umfaßt folgende Punkte: Öffentliche Sitzung. 1. Festhaltung der Forderungen für eine Durchwühlung der Vorarbeiten der Landrenten- und Landrenten- 2. Landausbau in der Zeiglerstraße. 3. Bewilligung der Mittel zur Behebung der Schuppe zwischen Lindenstraße und Südrstraße. 4. Nachbewilligung für die Elementarschulen. 5. Verteilung der Schmelzenden Legaten. 6. Uebernahme einer zweiten Einbürgerung deselbst. 8. Mittelbewilligung für Zuzugelände beim Gymnasium und der Oberrealschule. 9. Annahme eines Legats. 10. Antrag auf Ueberlassung von Bauland. 11. Petition: Vergebung händlicher Arbeiten betreffend 12. Petition: Ansuchen an die hiesige Polizeibehörde betr. 13. Petition: Ansuchen an die hiesige Polizeibehörde betr. 13. Petition: Mittelbewilligung wegen der Feuertürme. Geschlossene Sitzung. 15. Zustimmung zu einem Vergleiche mit den Gebrüdern Giese. 16. Mittelbewilligung für Anhaltbaltung von Abortanlagen. 17. Einbürgerung der Prostituirten. 18. Festhaltung einer Gehaltsliste für technische Beamte. 19. Uebernahme einer Gehaltsliste. 20. Petition betr. den Erlaß eines richterlichen Mietsbetrages. 21. Anstellung eines Polizeiregenten. 22. Verzicht auf Ansprüche der Paul Niedel-Stiftung. 23. Förderung eines Polizei-Regenten.

Regulierung des Kredits die gesamte gesellschaftliche Produktion zu regeln berufen sein. Diese Halbheit und Inkonsistenz der Auffassung entsprach ganz einer Zeit, wo in Frankreich die Großindustrie und mit ihr der Gegenstand von Bourgeoisie und Proletariat eben erst im Entstehen war.

Wir entdecken aber trotzdem bei Saint Simon eine geniale Weite des Blickes, vermöge dessen viele Gedanken der späteren Sozialisten bei ihm im Keime enthalten sind. Seine Eigentümlichkeit haben wir anfangs erwähnt. Er ist, er ist, er ist sich als 18jähriger Jüngling mit den Worten aufzuweisen lieg: „Sehen Sie auf, Herr Graf, Sie haben noch große Dinge zu vollbringen!“ Er ist, er ist, er ist in seiner Parabel wenig Achtung für die Staatsmänner u. f. w. an dem Tag legt, indem er sagte: „Sehen wir den Fall, daß Frankreich das Unglück hätte, an einem Tage Monsieur (der König), den Bruder des Königs, seine Hoheit den Herzog von Angoulême, seine Hoheit den Herzog von Berry, seine Hoheit den Herzog von Orleans, die Frau Herzogin von Bourbon, und die Mademoiselle von Condé zu verlieren; — daß es zugleich verlore alle Großbeamten der Krone, alle Staatsminister, alle Schatzbeamten, alle Marschälle, alle Kardinalen, Erzbischöfe, Großvokale und Domherren, alle Präfecten und Unterpräfecten, alle Beamten der Ministerien, alle Richter und dazu die 10000 Grundbesitzer unter jenen, welche auf abeligen Fußse haben. Dieser Unfall würde gewiß die Franzosen betreiben, weil sie gut sind, weil sie nicht gleichgültig das plötzliche Verschwinden einer so großen Anzahl ihrer Landsleute sehen könnten; allein dieser Verlust von 30000 Individuen, die für die bedeutendsten des Staates angesehen werden, würde ihnen nur in einer rein sentimentalen Beziehung Kummer machen; denn es würde gar kein Uebel für den Staat daraus hervorgehen.“

Saint Simon ist am 9. Mai 1825 Hungers gestorben — wenigstens stimmen alle Berichte in dieser Version überein.

der wesentlichsten Menschenrechte proklamiert wurde — das bürgerliche Eigentum!

Sehr zutreffend bemerkt Friedrich Engels, daß die großen Denker des 18. Jahrhunderts „so wenig wie alle ihre Vorgänger über die Schranken, die ihnen ihre eigene Epoche gesetzt hatte, hinauskommen.“

Einer dieser großen Denker war der Utopist Saint Simon. Geboren am 17. Oktober 1760, verlor er sein ganzes Vermögen durch die französische Revolution und wurde so genötigt, für seinen Unterhalt durch eigenen Erwerb zu sorgen. Gleich von Anfang an war sein mißliches Herz der Menschheit Kammer an. Er gehörte zu jenen eigentümlichen Geistern — sein Ansehen war obenrein ein eigentümliches — die mehr einer Spätern Zeit angehören, von welcher sie eine löbliche Vorarbeit haben. Auf Grund einer Art sozialpolitischen Geschichtskonstruktion fordert er eine Reorganisation der materiellen Ordnung, weil nur so jedes Individuum seinen wahren Platz in der Gesellschaft finden kann. Er betont immer, es sei ihm überall und immer zuerst zu thun um das Geschick der zahlreichsten und ärmsten Klasse. Der ewige Antagonismus zwischen Arbeit und Besitz ist ihm jedoch nicht völlig klar geworden. Die französische Revolution aber als einen Klassenkampf, und zwar nicht bloß zwischen Adel und Bürgertum, sondern zwischen Adel, Bürgertum u. d. Versklungen aufzufassen, war im Jahre 1802 eine höchst geniale Entdeckung. Es war Saint Simon nicht entgangen, daß die wirtschaftliche Lage die Basis der politischen Einrichtungen ist. Auch stellt er in seinen Genet Briefen bereits den Satz auf, daß „alle Menschen arbeiten sollen.“

Der Saint-Simonismus wurde lediglich ausgebildet und veredelt durch seine Schüler Enfantin und Bazard. Von letzterem rührt eine scharfsinnige Geschichtsauffassung her, wie auch der Betonung der wirtschaftlichen Seite des gesellschaftlichen Problems.

Ursprünglich, als der Kampf der Individuen untereinander

noch die roheste Form hatte, wurde der Besiegte gleich getötet. Bald aber erkannte der Sieger, daß es für ihn nutzbringender sei, wenn er dem Geknecht das Leben lasse, um ihn zu unterwerfen. So ergab sich als Folge der Gewalt die Ausbeutung des Menschlichen durch seinen Mitmenschen, welche seitdem den Grundcharakter der Gesellschaft ansmacht. Im Altertum war der Unterworfenen Sklave, im Mittelalter, unter dem Einflusse des Christentums, Leibeigener, in der neuen Zeit ist er „Arbeiter“ geworden, — gelehrt sei, aber entböhnt von allem, und den Diktaten des Reichthums unterworfen, ist er „Klasse seines Glendes und seiner Armut, die er ebenwiewohl willkürlich enden kann, wie der Leibeigene es konnte.“ Es handelte sich also um das Privileg des Reichthums zu befehligen, wie die Revolution alle anderen Privilegien gebrochen haben wollte. Deshalb mußte das Uebrecht aufgehoben werden. Die Gesamtheit soll der Erbe sein. Die Verwaltung dagegen sollte nach Saint Simon eine private bleiben.

Daß die Mächtigen die Fähigkeit zur geistigen Leitung und politischen Herrschaft verloren hatten, stand fest, und war durch die Revolution endgültig festgestellt. Daß die Besitzlosen diese Fähigkeit nicht besaßen, das schien Saint Simon beweisen durch die Erfahrungen der Schreckenszeit. Wer aber sollte leiten und herrschen? Nach Saint Simon die Wissenschaft und die Industrie, beide zusammengehalten durch ein neues religiöses Band, die seit der Reformation gepregte Einsicht der religiösen Anschauungen wieder herzustellen, ein notwendig mystisches und streng hierarchisches „neues Christentum.“ Aber die Wissenschaft, das waren die Schulgelehrten, und die Industrie, das waren in erster Linie die aktiven Bourgeois, Fabrikanten, Kaufleute, Bankiers. Diese Bourgeois sollten sich nur in eine Art öffentlicher Beamten, gesellschaftlicher Vertrauensleute, (?) verwandeln, aber doch gegenüber den Arbeitern eine gebietende und bevorzugte Stellung behalten. Namentlich sollten die Bankiers durch

